



Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Düsseldorf, 27. April 2011. Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 1. Dezember 2010 einen gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU-Fraktion, unterstützt durch die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der FDP, angenommen.

Der Beschluss des Landtages schafft noch nicht unmittelbar neues Recht. Aber er macht deutlich, dass der Gesetzgeber entschlossen ist, den sich aus Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention ergebenden Auftrag aufzugreifen und das Recht auf inklusive Bildung in NRW schulgesetzlich zu verankern.

Die Landesregierung hat sich angesichts dieser klaren Positionierung entschlossen, die bisher unveränderten rechtlichen Bestimmungen, die der Einrichtung des Gemeinsames Unterrichts und der Festlegung eines Förderortes für eine Schülerin bzw. einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zugrunde liegen, schon jetzt so konsequent auszulegen, dass dem Anliegen der UN-Konvention im Sinne einer völkerrechtlichen Auslegung Rechnung getragen wird. Das Ministerium hat die Schulaufsicht aufgefordert, wo immer dies möglich ist, dem Wunsch der Eltern nach Gemeinsamem Unterricht nachzukommen.

Die allgemeine Schule soll zum Regelförderort auch für Kinder mit Behinderungen werden, so wie es die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt.

Dazu entwickelt das Schulministerium derzeit mit allen beteiligten einen Inklusionsplan, in dem die weiteren Schritte genau beschrieben werden. Erste Eckpunkte für den Inklusionsplan sollen bis zum Sommer 2011 vorliegen.

Wie ernst die Landesregierung die UN-Behindertenrechtskonvention und den Willen des Landtags nimmt, lässt sich auch an den Haushaltsbeschlüssen ablesen: So stehen seit dem 1. Februar 2011 insgesamt 188 weitere Stellen für die Integrativen Lerngruppen in der Sekundarstufe I zur Verfügung. Mit dem Haushaltsentwurf 2011 kommen weitere 117 Stellen für die integrativen Lerngruppen und 138 Stellen für die Inklusion hinzu.

Die aktuellen Presseverlautbarungen der CDU-Landtagsfraktion deutet Schulministerin Sylvia Löhrmann als klaren Hinweis darauf, dass die CDU-Landtagsfraktion dem Haushalt 2011 zustimmen wird.